

Antrag

**der Abgeordneten Wolfgang Beuß, Rüdiger Kruse, Karen Koop, Stefan Kraxner,
Andreas C. Wankum, Dr. Diethelm Stehr, Thilo Kleibauer,
Dr. A. W. Heinrich Langhein, Marino Freistedt (CDU) und Fraktion**

Haushaltsplan-Entwurf 2007/2008 Einzelplan 3.2

Betr.: Auf den Hamburger Bürger-Dialog „Bürgerbeteiligung an der Haushaltsplanung“ reagieren: Qualität und Effizienz der Hochschulverwaltungen fördern

Die Hamburgische Bürgerschaft hat mit dem Bericht zum Hamburger Bürger-Dialog „Bürgerbeteiligung an der Haushaltsplanung“ (Drs. 18/4688) das Ergebnis der vom 18.04.2006 bis zum 12.05.2006 durchgeführten Internetdiskussion zur Hamburger Haushaltsplanung vorgelegt. Das Diskussionsergebnis weist auch Ideen zur Stärkung des Hochschulstandortes Hamburg aus. Im Hinblick auf die Hochschulverwaltungen wurde unter anderem angeregt, eine Verbesserung der Verwaltungsabläufe zu erreichen.

Erste Schritte sind bereits erfolgt. Im Rahmen des Projekts *AdHOCH* legten die Hochschule für bildende Künste (HfbK), die Hochschule für Musik und Theater (HfMT) und die HafenCity Universität (HCU) erfolgreich Teile ihrer Verwaltungen im Sinne einer gemeinsamen Service-Stelle zusammen. Die neuen *AdHOCH*-Administrationsdienste HCU, HfbK, HfMT sollen hier die Bereiche Studierenden- und Prüfungsverwaltung, Haushalt und Finanzmanagement sowie Personal enthalten.

Da die erweiterte Autonomie der Hochschulen und die Umstellung auf das Bachelor/Master-System hohe Anforderungen an die Hochschulverwaltungen stellen, sollten jenseits des Projektes *AdHOCH* weitere Felder zur Verbesserung der Qualität und Effizienz von Verwaltungsabläufen zum Nutzen der Hochschulen, der Lehrenden und der Studierenden genutzt werden. Dazu gehört insbesondere auch der Einsatz moderner IT-Infrastruktur.

Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. gemeinsam mit den Hochschulen zu prüfen, ob weitere Möglichkeiten zur Effizienz- und Qualitätssteigerung von Verwaltungsabläufen in den Hamburger Hochschulverwaltungen genutzt werden können.
2. der Bürgerschaft bis Dezember 2007 zu berichten.